



Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr: VO/2022/419	
- öffentlich -	Datum: 11.08.2022	
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in: Nina Fiedler	
	Bearbeiter/in: Behrens, Klaus	
Stellungnahmen der Fraktionen		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.08.2022	Hauptausschuss	Beratung
22.08.2022	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Entscheidung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Entfällt

2. Sachverhalt:

In der Sitzung des Hauptausschusses am 04.08.2022 wurde vereinbart, dass die Fraktionen ihre Textvorschläge bis zum 10.08.2022 an die Kreisverwaltung geben.

Dieser Vorlage beigelegt sind das gemeinsame Standpunktepapier der Fraktionen von CDU, FDP, SSW und Bündnis90/Die Grünen sowie die Anmerkungen der WGK-Fraktion.

Aufgrund des vorliegenden gemeinsamen Standpunktepapiers wird die am 04.08.2022 durch die Verwaltung eingebrachte Entwurfsvorlage insofern gegenstandslos.

Anlage/n:

Gemeinsames Schreiben_CDU_FDP_SSW_B`90-Die Gruenen
Gemeinsames Standpunktepapier_CDU_FDP_SSW__B`90-Die Gruenen
Standpunktepapier WGK

An den Vorsitzenden des
Hauptausschusses
Thorsten Schulz

An die Kreispräsidentin des
Kreises Rendsburg-Eckernförde
Frau Dr. Juliane Rumpf

Hauptausschuss am 18. August 2022, TOP 11.2
Kreistag am 22. August 2022

Rendsburg, den 9. August 2022

Sehr geehrte Frau Dr. Rumpf, sehr geehrter Herr Schulz,

nach der Diskussion im vergangenen Hauptausschuss über die Formulierungen, mit denen der Kreistag seine mehrheitlich getroffene Entscheidung zur Krankenhausneugliederung gegenüber den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern beim Bürgerentscheid begründet, schlagen wir die anliegende Formulierung vor und stellen diese im kommenden Hauptausschuss und Kreistag zur Beratung und Abstimmung.

Mit freundlichen Grüßen,

Tim Albrecht
CDU-Fraktion

Dr. Christine von Milczewski
Lukas Strathmann
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tina Schuster
FDP- Fraktion

Dr. Michael Schunck
SSW-Fraktion

Standpunkt des Kreistags

Der Kreistag Rendsburg-Eckernförde empfiehlt den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger beim Bürgerentscheid mit **Nein**

zu stimmen. Mit einem „Nein“ befürworten Sie die vom Kreistag beschlossene Neugliederung der Krankenhausversorgung im Kreis.

Begründung des Kreistags

Der Kreis ist als Gesellschafter der Imland Kliniken mit ihren Standorten in Rendsburg und Eckernförde für eine zukunftssichere, bedarfsgerechte und finanzierbare Krankenhausversorgung im Kreis verantwortlich. Im Ringen um den Erhalt des Krankenhausstandorts Eckernförde und für die Aufrechterhaltung einer guten Krankenhausversorgung im Kreis hat der Kreistag sich in seiner Sitzung vom 14. Februar 2022 entschieden, die medizinischen Abteilungen der Imland Kliniken an den Standorten Rendsburg und Eckernförde neu zu gliedern. Der Kreistag möchte sowohl die Krankenhausversorgung im Kreis in öffentlicher Hand behalten als auch den Krankenhausstandort Eckernförde mit seinen für die Region wichtigen Arbeitsplätzen sichern.

Folgende Argumente waren für die Entscheidung der Mehrheit der Kreistagsabgeordneten ausschlaggebend:

- Durch kleine medizinische Abteilungen, insbesondere am Standort Eckernförde zeichnete sich langfristig ein medizinisches Qualitätsproblem ab. Der Bundestrend geht dahin, dass mehr Spezialisierung in der medizinischen Krankenhausbehandlung gefordert wird, insbesondere Mindestzahlen bei bestimmten Operationen festgelegt werden. Durch die Spezialisierung steigen die medizinischen Fachanforderungen, die in kleinen Krankenhausabteilungen aufgrund der geringen Fallzahlen nicht eingehalten werden können.
- Für kleine Krankenhausabteilungen ist es schwierig, medizinisches Personal zu finden. Der Trend zur Spezialisierung betrifft auch die Ärzteschaft. Gut ausgebildete Ärztinnen und Ärzte können in kleinen medizinischen Abteilungen ihre erworbenen Spezialkenntnisse nicht ausreichend anwenden, so dass es schwer ist, hierfür geeignetes Personal zu finden. Nur als attraktiver Arbeitgeber haben die Imland Kliniken Chancen, auf dem Arbeitsmarkt neue Fachkräfte zu finden.
- Die Ausbildung von Assistenzärztinnen und Assistenzärzten in kleinen medizinischen Abteilungen ist nicht möglich, da diese dort nicht die Möglichkeit haben, bestimmte Operationen in ausreichender Anzahl durchzuführen, die aber für die Facharztausbildung gefordert werden.
- Insbesondere für die Geburtshilfe am Klinikstandort Eckernförde konnte in der Vergangenheit nicht ausreichend ärztliches Personal gefunden werden, so dass immer wieder auf wechselndes, durch Personaldienstleister gestelltes Personal zurückgegriffen werden musste. Häufig wechselndes Personal mindert die Qualität der Versorgung, da Arbeitsabläufe nicht eingespielt sind. Zudem führt der dauernde Rückgriff auf Personaldienstleister zu weitaus höheren Kosten als fest angestelltes ärztliches Personal.
- In Eckernförde wird eine ambulante Notfallversorgung und eine Abteilung für Innere Medizin aufrecht erhalten, um die Versorgung auch für ungeplante Behandlungen zu sichern.
- Die bisherige medizinische Aufstellung des Krankenhauses führte zu hohen Verlusten, die nicht nur durch die Corona-Pandemie verursacht waren. Der Kreis hat als Gesellschafter diese Verluste immer wieder ausgeglichen. Hierbei handelt es sich um Mittel aus Steuern sowie aus der Kreisumlage, die an anderer Stelle für wichtige Aufgaben, insbesondere im sozialen Bereich, für die Modernisierung der Infrastruktur und Klimaschutzmaßnahmen im Kreis eingesetzt werden könnten und in den Gemeinden z.B. für die Finanzierung der Feuerwehren und der Kindertagesstätten gebraucht werden.

Der Kreistag hat es sich mit seiner Entscheidung nicht leicht gemacht, ist in die fachliche Tiefe und in die intensive politische Diskussion eingestiegen. Die Entscheidung im Kreistag ist nicht einstimmig gefallen, weil es eine Vielzahl von Zielen und Argumenten abzuwägen galt und nach wie vor gilt. Der Kreistag bittet die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Rendsburg-Eckernförde seine Entscheidung mitzutragen und empfiehlt, beim Bürgerentscheid mit

Nein zu stimmen.

An den Vorsitzenden des Hauptausschusses
Thorsten Schulz
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

WGK Fraktion

Rainer Böttcher, Frank Dreves, Frank Frühling,
Ingrid-Schäfer Jansen, Dr. Reinhard Jentzsch,
Arno Jöhnk, Dr. Andreas Höpken
Kontakt: hoepken@wgk-net.de

GF Fraktion

Frank Dreves
Kontakt: frankdreves@outlook.de

Sitzung des Hauptausschusses am 18.08.2022

10.08.2022

Imland-Klink, Bürgerbegehren

Standpunktepapier (zu Top 11.2)

Das Innenministerium stellt nach einem Bericht der KN v. 30.07.2022, S. 27, folgendes fest:

„...nach Rücksprache mit dem Gesundheitsministerium, das damit sowohl der Erhalt der Psychiatrie, Psychosomatik in Rendsburg und der Geburtsklinik, Chirurgie und zentralen Notaufnahme in Eckernförde nicht als ‚objektiv unmöglich‘ angesehen wird. Vor allem, da diese Abteilungen gerade erst auf Antrag des Kreises aus dem Krankenhausbedarfsplan des Landes gestrichen worden seien.“

Weiter erkennt das Innenministerium laut o.g. Bericht zwar „große Schwierigkeiten und Hindernisse“ bei Wiederaufnahme der Abteilungen in die Planung des Landes,

„Diese gingen aber nicht so weit, dass sie unter keinen Umständen und für niemanden erreichbar sind“.

In der Antwort der Gesundheitsministerin, Frau Prof. Dr. Kerstin von der Decken, auf den offenen Brief des Landrates Dr. Schwemer, werden diese „Schwierigkeiten und Hindernisse“ fachlich begründet und deutlich dargestellt. Im letzten Absatz heißt es aber:

„Grundsätzlich obliegt es dem Träger der imland Kliniken gGmbH, bei veränderter Sach- und Rechtslage im Landeskrankenhauseusschuss einen Antrag auf krankenhauplanerische Umstrukturierung der Versorgungsaufträge der Standorte in Rendsburg und Eckernförde zu stellen. Dieser würde sodann erneut beraten und beschieden werden. Eine veränderte Sach- und Rechtslage ist mir aktuell jedoch nicht bekannt, sodass ich zum jetzigen Zeitpunkt keine

WGK Fraktion

Rainer Böttcher, Frank Dreves, Frank Frühling,
Ingrid-Schäfer Jansen, Dr. Reinhard Jentzsch,
Arno Jöhnk, Dr. Andreas Höpken
Kontakt: hoepken@wgk-net.de

GF Fraktion

Frank Dreves
Kontakt: frankdreves@outlook.de

Veranlassung sehe, dass die an der Krankenhausplanung Beteiligten von der bestehenden fachlichen Bewertung abweichen.“

Nimmt man die hier aufgeführten Positionen des Innenministeriums und des Gesundheitsministeriums, so lässt sich zumindest nicht auf den ersten Blick eine Unmöglichkeit für Alternativen ableiten.

Vor dem Hintergrund, dass die WGK bereits im Februar 2022 vorgeschlagen hat, die Abstimmung über die Szenarien zu verschieben, die gewonnene Zeit zu nutzen und mit möglichst allen Beteiligten - und vor allem betroffenen Bürgern - zu sprechen, um ggf. eine akzeptablere Lösung zu erreichen, mutet das seinerzeitige Beharren der Kreistagsmehrheit auf rasche Abstimmung zu Szenario 5 leider kontraproduktiv an. Wie bereits während der Abstimmung absehbar war, bildete sich ein breiter Protest und es kam zu einem Bürgerbegehren. Wir begrüßen diese Möglichkeit der direkten Demokratie. Den Bürgerentscheid nun im Folgeschritt des Begehrens als störend oder aussichtslos einzuordnen, dürfte zu Recht bei den Bürgern keinen guten Eindruck machen. Vielmehr sollte es als Chance für alle Beteiligten gesehen werden, zumindest ein besseres Ergebnis in einem Kompromiss zu suchen. Denn auch diese Möglichkeit gäbe es in dem laufenden Prozess der direkten Demokratie.

Hier steht die Aussage der Gesundheitsministerin doch positiv im Raum „bei veränderter Sach- und Rechtslage im Landeskrankenhausausschuss einen Antrag auf krankenhauplanerische Umstrukturierung der Versorgungsaufträge der Standorte in Rendsburg und Eckernförde zu stellen.“ (Quelle s.o.) Auch dieser Antrag könnte dann neu beraten und beschlossen werden.

Wäre ein Kompromiss mit den Initiatoren des Bürgerentscheids möglich, auf den sich alle Beteiligten einigen könnten und kämen dabei wesentliche Forderungen der Bürger zum Zuge, müssten am Szenario 5 wohl „Abstriche“ gemacht werden, ebenso bei Szenario 1.

Es ist viel darüber nachgedacht und argumentiert worden, warum es nur ein Szenario 5 oder 1 geben kann. Nur das Ergebnis, monatelange Einschränkungen in der Entwicklung der Inland-Klinik mit insgesamt getrübten Zukunftserwartungen für die weiteren Perspektiven unter der derzeitigen Situation, kann nicht das Ergebnis sein. Auch sind das Bürgerbegehren bzw. der bevorstehende Bürgerentscheid nicht der Grund für die missliche Lage in der sich die Inland-Klinik zeitweilig befand.

WGK Fraktion

Rainer Böttcher, Frank Dreves, Frank Frühling,
Ingrid-Schäfer Jansen, Dr. Reinhard Jentzsch,
Arno Jöhnk, Dr. Andreas Höpken
Kontakt: hoepken@wgk-net.de

GF Fraktion

Frank Dreves
Kontakt: frankdreves@outlook.de

Was liegt also näher, als einmal darüber nachzudenken, welche Punkte denn „kritisch“ sind und ggf. erneut durchgeprüft werden könnten?

Hierzu ein beispielhafter Rahmen, ein „drei Punkte-Vorschlag“ für eine „Denkrichtung“, die weiter ausgefeilt werden könnte:

1. Die Psychiatrie, Geriatrie und die Innere Medizin bleiben in Eckernförde und Rendsburg wie bislang. Bei der Psychiatrie stellte sich bereits bei Diskussionen im Sozial- und Gesundheitsausschuss im Juni 2022 heraus, dass hier über das Klinik-Umfeld hinaus weitere Versorgungsinfrastruktur im Kreis betroffen sein könnte. Ein Punkt, der ein Verlagern nach Gesichtspunkten für den Kreis insgesamt nach Eckernförde ggf. maßgeblich in Frage stellt.
2. In Eckernförde könnte mittelfristig ein neues Ärzte- und Geburtshaus entstehen, für welches dann nicht mehr der Kreis zuständig wäre. Bis zur Fertigstellung würden die noch vorhandenen Ressourcen der Gynäkologie genutzt werden. Die Infrastruktur ist schließlich noch vorhanden und könnte noch wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden.
3. Die zentrale Notaufnahme in Eckernförde wäre von 8.00 - 20.00 Uhr besetzt, so dass in den „Kernzeiten“ vor Ort ein „Angebot“ verfügbar wäre. Von 20.00 Uhr bis 8.00 wäre die Notaufnahme in Rendsburg verfügbar.

Wie gesagt, die Details wären u.U. zu klären.

Die Frage ist, ob ein Kompromiss gewünscht wird. Hierfür müssten sich beide Seiten umgehend aufeinander zu bewegen. Den Initiatoren des Bürgerbegehrens haben über 10.000 Wahlberechtigte das Vertrauen ausgesprochen und sie mit ihrer Unterschrift zu ihren Vertretungsberechtigten gewählt. Den Kreistagsabgeordneten der unterschiedlichen Fraktionen wurde ebenfalls von ihren Wählern bei der Kreiswahl 2017 das Vertrauen ausgesprochen. Alle Beteiligten sollten sich darüber bewusst sein. Die WGK-Fraktion steht bereit, einen Kompromiss zu erlangen, bei dem zwar jeder Abstriche machen muss, im Ergebnis aber alle einigermaßen zufrieden sein könnten.